

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

Donnerstag, den 19. Oktober

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“
u. der „Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
anseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

N^o 123.

Bekanntmachung.

Wiederholt haben sich hiesige Fuhrwerks-(Pferde-)Besitzer geweigert, bei ausbrechenden Schandfeuern die zur Bespannung der Feuerspritzen erforderlichen Pferde-Gespanne zu stellen.

Es wird deshalb hiermit daran erinnert, daß bei Entstehung eines Feuers nach § 11 Pkt. 5 der Feuerlösch-Ordnung für die Stadt Eibenstock vom 30. Mai 1865 diejenigen Einwohner, welche Pferde halten, bei Vermeldung einer Strafe von 1 bis 5 Thaler verpflichtet sind, ihre Pferde nöthigenfalls einzuführen und der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen.

Eibenstock, den 9. Oktober 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Grüchtel.

Bekanntmachung.

Die Beleuchtung der Fluren und Treppenaufgänge in den Häusern hiesiger Stadt ist mangelhaft.

Die Hausbesitzer und deren Stellvertreter werden ermahnt, künftig für genügende Beleuchtung der Fluren und Treppenaufgänge von eintretender Dunkelheit ab Sorge zu tragen.

Es liegt dies im eigenen Interesse der zur Beleuchtung Verpflichteten, da sie für Unfälle in Folge mangelhafter Beleuchtung der Hausfluren und Aufgänge, abgesehen von eventueller Bestrafung, haftbar gemacht werden.

Eibenstock, den 11. Oktober 1899.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Müller.

Die Sozialdemokratie und das Militärwesen.

Der sozialdemokratische Parteitag in Hannover hat einen breiten Raum in seinen Verhandlungen unter Anderem der Militärfrage gewidmet. Er hat bei dieser Gelegenheit seine unersöhnliche Feindschaft gegen das, was die Sozialdemokratie als „Militarismus“ zu bezeichnen pflegt, von Neuem bekräftigt und demjenigen „Genossen“, der der bestehenden deutschen Heeresorganisation einzelne, wenn auch geringwertige Zugeständnisse einzuräumen geneigt war, seine Mißbilligung ausgesprochen. Der Parteitag hat den Artikel 3 des Erfurter Programms der Sozialdemokraten durch Annahme einer Resolution, die jenem Artikel gewissermaßen eine Erläuterung anfügt, für den Klassenkampf schärfer zugespitzt. Das stehende Heerwesen soll, so wird behauptet, seiner ganzen Entwicklung und Organisation nach das vornehmste Nachtmittel sein, um die Klassenherrschaft der kapitalistischen Gesellschaft in volk- und arbeiterfeindlichem Sinne aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Daher will die Sozialdemokratie danach streben, das Heerwesen „von Grund aus umzugestalten“; sie verlangt eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volkvertheidigung, durch welche jeder wehrfähige Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugendberziehung herbeigeführt werden soll. Den parlamentarischen Vertretern der Partei wird aufgetragen, daß sie „auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärwesen bewilligen“.

Die Stellungnahme der Genossen macht dem halloßen Gerede bürgerlich-demokratischer und freisinniger Blätter von der Neigung eines Theils der Sozialrevolutionäre, unter Umständen das für den Schutz des Vaterlandes Unerläßliche zu bewilligen, ein Ende. Der „Genosse“ Schippel, der neuerdings wiederholt in journalistischen Arbeiten die Unzulänglichkeit des von dem „Genossen“ Bebel und anderen warm befürworteten Militärwesens aufgedeckt hat, ließ sich auf dem Parteitage zu dem Zugeständnisse herbei, daß die Militär eines der Endziele der sozialistischen Entwicklung sein und bleiben müsse. Und der „Genosse“ Heine, von dem behauptet worden war, daß er im Einzelfalle die Mittel zur Anschaffung von Kanonen nicht verweigern werde, erklärte in Hannover, daß er „dieser“ Regierung nie einen Mann oder einen Groschen bewilligen werde. Von anderen „Genossen“ ferner wurde auf dem Parteitage, ohne daß ein Widerspruch erfolgt wäre, der Sozialdemokratie die Verpflichtung auferlegt, den sogenannten Militarismus „vom Scheitel bis zur Zehe“ zu bekämpfen; es wurde die Ueberzeugung verlautbart, daß jedes Zugeständnis an das bestehende Heerwesen den Kampf der Sozialdemokratie um das Endziel verlangamen und die Angriffskraft des Proletariats auf die gegenwärtigen Ordnungen in Staat und Gesellschaft schwächen könnte.

Ueber die völlige Unbrauchbarkeit des Militärwesens für den Schutz und die Vertheidigung des Vaterlandes braucht an dieser Stelle kein Wort verloren zu werden. Der preussische Kriegsminister Generallieutenant v. Goller hat nach dem Erscheinen einer Broschüre Bebel's über die vermeintlichen Vorzüge einer Volkswehr dem stehenden Heere gegenüber im Reichstage (21. Februar 1898) das Trügerische und Verkehrte der Militärschwärmerei in überzeugender, bisher nach keiner Richtung widerlegter Weise dargelegt. Der sozialdemokratische Parteitag hat auch gänzlich den unfruchtbaren und vergeßlichen Versuch gemacht, die angebliche Ueberlegenheit des Militärwesens über unser nationales Heerwesen nachzuweisen oder klarzulegen; sein grimmiger Haß gegen die Heereseinrichtungen des Deutschen Reiches und seine Schwärmerie für die Volkswehr entspringen lediglich der Erkenntnis, daß das nationale Wehrsystem ein unüberwindliches Bollwerk den Umsturzkräften gegenüber darstellt. Der Abg. Bebel hat es mit wünschenswerther Offenheit ausgesprochen, daß das Militärwesen nur Mittel zum Zweck, eine Handhabe der Demokratie zur Verschärfung des Klassenkampfes sein solle. Das „Volk in Waffen“ — so meinte er — würde sein eigener Herr sein und mit den Waffen in der Hand denen Antwort geben, die seine „angeborenen Rechte“ anzutasten wagen sollten. Andere Redner haben das „Volkswesen“ als den Vollstrecker des Volkswillens gepriesen, eine „Genossin“ hat die Volkswehr zur „Vertheidigung auch gegen die ausländischen Unterdrücker“ verpflichtet.

Die Verweigerung jeglicher Mittel zur Landesvertheidigung, solange das Heerwesen den sozialdemokratischen Endzielen nicht dienlich ist, stempelt die „Genossen“ zu Feinden des Vaterlandes, mit denen es für die Vertreter und Vertheidiger unseres nation-

alen Staates und der bestehenden Gesellschaft keinen Frieden und keine Einigung geben kann.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Samoa-Frage schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „In einzelnen Blättern wird eine Verständigung zwischen Deutschland und England in der Samoafrage auf der Basis in sichere Aussicht gestellt, daß England die Hauptinsel Upolu erhalten und Deutschland anderweitig entschädigt werden soll. Wir halten diese Behauptung für irreführend, sind vielmehr mit gutem Grund überzeugt, daß die maßgebenden deutschen Stellen ihren Standpunkt in der Samoa-Frage nicht geändert haben.“ — Neuerdings hatten die „Times“ den Vorschlag gemacht, Deutschland solle die Inseln erhalten, es solle aber England im Stillen Ozean entschädigen.

— Ueber den augenblicklichen Stand der deutsch-englischen Verhandlungen wegen Neuregelung der Verhältnisse auf Samoa hat nach dem „V. V. A.“ der Staatssekretär des auswärtigen Amtes Graf Bülow im Kolonialrathe vertrauliche Mittheilungen gemacht, um die Meinungen der Mitglieder dieser Körperschaft über die schwebenden Projekte zu erfahren. Darnach handelt es sich für Deutschland gegenwärtig darum, ob es zur Befestigung der Dreiherrschaft mit ihren mannigfaltigen Unzulänglichkeiten rathsam sei, sich den Besitz der Hauptinsel Upolu durch Zugeständnisse an anderen Punkten zu sichern oder die Stellung in Samoa gegen bestimmte Kompensationen aufzugeben. Der Kolonialrath erklärte es mit unseren kolonialpolitischen Interessen für wohl vereinbar, wenn Samoa gegen gewisse Entschädigungen aufgegeben würde. Der Staatssekretär Graf Bülow hatte dagegen hervorgehoben, daß er in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung in Deutschland die Wahrung unserer alten Stellung auf Samoa allen anderen Erwägungen voranzustellen müsse. Die überwiegende Mehrheit des Kolonialrathes sprach sich jedoch dafür aus, daß ein vortheilhaftes Tauschgeschäft in Betracht gezogen werden möge.

— Vom sozialdemokratischen Parteitage. Als „Familientag unseres Kulturadels, des kämpfenden Proletariats,“ hatte der „Vorwärts“ zu Beginn voriger Woche in den über-schwänglichsten Tönen den Parteitag begrüßt und geschrieben: „Kein staatlich anerkanntes Parlament der Erde vermöchte so tiefgründige Fragen mit ernsterem Willen zu erkennen, was ist, und mit reinerer Begeisterung zu erkämpfen, was sein soll, als die Versammlung von Arbeitern, die keinen anderen Rang und Titel besitzen, wie die Weiße der Kultur und das Recht der Zukunft.“ Die „Weiße der Kultur“ hat sich denn auch in den sechs-tägigen Debatten zu einer solchen Erhabenheit gesteigert, daß am Sonnabend die „Genossen“ und zwar die Hauptgrößen der Sozialdemokratie, sich in einer Weise unter einander beschimpften, daß eigentlich kein anständiger Hund mehr ein Stück Brod von ihnen nehmen dürfte. „Gemeiner Kerl“ ruft Bebel in höchster Erregung Schippel ins Gesicht; für einen solchen Menschen habe er nichts als die tiefste Verachtung, der auf die gemeinste und schwachvollste Weise einen Ehrenmann beleidige, der immer wiederholt Fälschungen begehe, und lieblich so weiter. Kautsky wirft Schippel einen „Dubenstreich“ vor, Zubeil erklärt es als unerhört, daß ein Mann in einer Vertrauensstellung der Partei den Genossen berart in den Rücken falle. Schippel seinerseits erwidert, nun sei man ja glücklich wieder einmal bei den „Lämmeln und dummen Jungen“ angelangt; er habe für einen Bebel keine Achtung; Auer sagt, es gebe in der Partei Leute, denen Hege und Stöckel ein Bedürfnis sei, diese „Meute“ müsse endlich einmal zur Ruhe gezwungen werden u. s. w. Der Parteitag aber hat den Antrag, Schippel auszuscheiden, mit erdrückender Majorität abgelehnt und ihn nur sanft gerüffelt. Alle, die sich gegenseitig vorwerfen: niedrige Denunziation, niedrige Art des Einzelnen, tiefste Verachtung, schlummer zu sein als ein Staatsanwalt, schlimmer als die römischen Kegerrichter und Dogmenfanatiker, der „gemeine Kerl“ und sein Ankläger, sie alle bleiben in schöner Einigkeit als „Kulturadel“ beisammen. Solche Kleinigkeiten wie „gemeiner Kerl“ geniren den „Vorwärts“ durchaus nicht. Er sagt in seiner Schlussbetrachtung: „Denn wirklich gab es in Hannover auch nicht den geringsten Mißklang, eine mindeste Abweichung, als die Fragen der Organisation des Parteibeeres und seines Aufmarsches behandelt wurden. Es bekundete sich da allenthalben eine vollständige Harmonie.“ Das sind wirklich

rährend bescheidene Ansprüche an die „Kultur“, an die Harmonie und — an die Wahrheit! Und der Vorsitzende des Parteitages, der im Schlusswort die Einigkeit und die Erfolge der Verhandlungen nicht genug loben konnte, weiß sogar dem wüsten Geschimpf die beste Seite abzugewinnen; er meint, wenn auch zeitweise lebhaft Diskussionen und nicht immer zartfühlende Worte gefallen sind, so möge das den Gegnern als Schwäche der Sozialdemokratie erscheinen; „wir erblicken darin unsere Stärke“. Wohl bekomms!

— Oesterreich-Ungarn. Das Cabinet Clary hat sich zu einer Maßnahme entschlossen, deren frühere Anwendung Oesterreich viel aufreibende Kämpfe erpart hätte. Wie bereits angekündigt, veröffentlicht die „Wiener Zeitung“ die Aufhebung der Sprachverordnungen. Diese erfolgt durch zwei für Böhmen und Mähren gesondert erlassene Verordnungen der Ministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaus betreffend den Gebrauch der Landessprachen bei den Behörden. Damit ist der Rechtszustand wiederhergestellt, dessen Durchbrechung die Deutschen Oesterreichs in unverdientliche Opposition getrieben hat.

— Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten theilweise recht unbestimmt, und man wird gut thun, sie stets mit einigem Mißtrauen aufzunehmen, denn sie kommen sammt und sonders über London. Nimmt man es dort sowieso mit der Wahrheit niemals genau, um wie viel mehr wird man jetzt die Nachrichten tendenziös einstellen, besonders wenn sie Ungünstiges für die Engländer zu melden wissen. Aus den bisher vorliegenden Depeschen läßt sich mit Sicherheit nur ersehen, daß es zu einem entscheidenden Schlage noch nicht gekommen ist, wenn auch von den beiden Kriegsschauplätzen Nachrichten aufsteigen, welche einen Kampf in unmittelbarer Nähe rücken. Sehen wir uns zunächst den östlichen Schauplatz etwas näher an, so melden die letzten Berichte, daß Newcastle von den Buren genommen ist, freilich ohne Schwertstreich, da die Engländer im Gefühl ihrer Schwäche den Platz vor den Buren, die mit 16,000 Mann anrückten, geräumt haben. Auch in Ladysmith scheint man die Lage ziemlich unsicher zu halten, man befürchtet dort eine Umgehung der englischen Vertheidigungslinie. — Auch vom westlichen Kriegsschauplatz sind die Nachrichten recht unbestimmt, was um so erklärlicher ist, als dort die Buren die Eisenbahnlinien zerstört und die Telegraphendrähte durchschnitten haben. Soviel sich aber erkennen läßt, werden die ersten Hauptschlüge an der Westgrenze der verbündeten Republiken erfolgen und nicht in Natal, wie vielleicht von englischer Seite angenommen worden ist. Die Buren bedrohen mit aller Kraft sowohl Masering wie das südlicher gelegene Kimberley; die erstgenannte Stadt ist von der Verbindung mit dem Süden völlig abgeschnitten, und es ist als völlig ausgeschlossen anzusehen, daß sich die britische Besatzung durchzuschlagen im Stande sein wird. Kimberley soll gänzlich umzingelt sein, und es verlautet, daß sich unter den Eingeschlossenen auch Cecil Rhodes befinden soll; wenn dieser Minen- und Eisenbahnbau in die Hände der Buren gerathen sollte, so dürften sie mit ihm nicht gerade glimpflich umgehen, denn sie haben wegen des Jameson'schen Einfalles, dessen geheimer Regisseur er war, noch ein Nähnchen mit ihm zu rupfen. Die Lage ist also für die Briten sehr ernst.

Nachstehend verzeichnen wir noch die hierauf bezüglichen Drahtmeldungen:

London, 17. Oktober. Aus Ladysmith von gestern Nachmittag kommt folgende angeblich aus amtlicher Information beruhende Meldung über den Beginn der kriegerischen Operationen auf dem östlichen Kriegsschauplatz. Am Morgen des 12. d. Mts. überschritten die Buren in drei verschiedenen Heereskolumnen die Natalgrenze und gingen gleichzeitig vor. Die westlichste davon bestand aus Transvaal- und Freistaatsburgern und einem Korps holländischer Freiwilliger und kam durch den Bootshafen, in der Mitte befand sich das Hauptkontingent unter General Jouberts Befehl. Es überschritt Laings-Nel und ging gegen Ingogo vor, im Osten ging eine Abtheilung von Wasserstrom über Motts-Nel und Wool-Drift vor. Das gemeinsame Ziel aller drei Kolonnen bildete Newcastle, das am 14. Abends besetzt wurde. Am 15. ging ein Korps von 1500 Mann weiter südwärts vor, kehrte aber bald nach Newcastle zurück. Am 14. wurden 6 Mann der Natalpolizei von den Buren gefangen, außerdem wechselte ein Pilet berittener Infanterie (60. Regiment) ein paar Schiffe mit dem Feinde, sonst fand kein Kampf statt. Eine beträchtliche Streitmacht von Freistaatsburen, 11—13,000 Mann, hat die Drafsenbergpässe be-